

Erklärungen des Reichskanzlers.

Dr. Marx zu den Reparationen.

Der Berliner Vertreter des Pariser „Matin“ hatte eine Unterredung mit dem Reichskanzler Marx über die Stellungnahme Deutschlands zu den Sachverständigenberichten. Reichskanzler Marx erklärte, die deutsche Antwort an die Reparationskommission bedeutet, daß die deutsche Regierung den Prinzipien, die den Bericht des ersten Sachverständigenausschusses geleitet haben, zustimmt. Dieser Bericht beruhe auf einer eingehenden Studie, aber selbstverständlich müsse eine gewisse Anzahl von Punkten angeklärt werden. Bei näherem Zusehen könnten einige Unklarheiten und selbst einige Widersprüche erkannt werden. Die deutsche Regierung halte es für das Beste, zu gegebener Zeit Delegierte nach Paris zu entsenden, um im Einvernehmen mit der Reparationskommission die Einzelheiten zur Durchführung der vorgeschlagenen Pläne zu besprechen.

Die Grenze der Zahlungen

würde nicht allein aus der deutschen Zahlungsfähigkeit hervorgehen, sondern aus der Haltung der Gläubiger gegenüber der deutschen Konturrenz. Wenn man voraussetzt, daß wir von 1928 an 2½ Milliarden, wie die Sachverständigen vorschlagen, zahlen können, so können diese Zahlungen nur dank dem Überschuß unserer Produktion vorgenommen werden. Diese Hypothese setzt eine derartige Entwicklung der deutschen Ausfuhr voraus, daß die neutralen Märkte dadurch beeinträchtigt werden könnten. Wer weiß, ob nicht gewisse neutrale oder alliierte Länder diese Aussicht für ihre eigene Industrie bedrohlich finden werden. Aus demselben Grunde sei die sofortige Festlegung der gesamten Höhe der deutschen Schuld unbedingt erforderlich.

Wirtschaftliche Freiheit im besetzten Gebiet.

Deutschland muß seine wirtschaftliche, finanzielle und politische Souveränität im besetzten Gebiet wiedererlangen. Es muß sowohl in den Wiederbesitz seiner Eisenbahnen kommen. Wir wissen, daß die Vergewaltigung der politischen Verhältnisse und die Rückkehr der Ausgewiesenen automatisch aus dem neuen Stand der Dinge hervorgehen wird. Das ist für uns eine moralische Notwendigkeit.

Ruhrbesetzung unberechtigt.

Die Besetzung hatte zum Ziel die Ausdeutung eines besonderen Planes. Der Sachverständigenplan sieht den Austausch dieser Garantien allgemeiner Art vor. Es scheint mir, daß insolge dieses Austausches die Ruhrbesetzung keine Berechtigung mehr haben würde. — Auf eine Frage des Berichterstatters über die Neutralisierung des Rheinlandes antwortete der Kanzler: „Die Neutralisierungspläne, die bis heute veröffentlicht worden sind, fordern zu ernsthaften Einwendungen heraus. Was die Einmilitarisierung angeht, so ist sie durch den Versailler Vertrag vorgegeben. Die Frage der „Sicherheiten“ wird an dem Tage verurteilt sein, an dem das Reparationsproblem endgültig gelöst ist. Es kann dies nur auf der Grundlage eines gegenseitigen Vertrauens geschehen. Dieses Vertrauen darf nicht nur in der Beseitigung der Mißverständnisse bestehen; ich wünsche, daß es ein aktives Gefühl wird, geneigt, die Beziehungen unserer beiden Länder umzuformen.“

Beschlüsse der Reparationskommission.

Sachverständigenurteile angenommen.

Paris, 18. April.

Die Reparationskommission formulierte einstimmig ihre Beschlüsse zu den Gutachten. Die alsbald erscheinende Veröffentlichung hat folgenden Wortlaut:

Die Reparationskommission hat in ihrer offiziellen Sitzung von heute nachmittag einstimmig folgendes beschlossen:

1. die deutsche Antwort zur Kenntnis zu nehmen,
2. den Schlussfolgerungen der Sachverständigen in den Grenzen ihrer Zuständigkeit zuzustimmen und die Methoden, die in den Berichten empfohlen sind, anzunehmen,
3. den Bericht der Sachverständigen offiziell den befreiten Regierungen zu übermitteln und ihnen dabei diejenigen Schlussfolgerungen, für welche die Regierungen zuständig sind, zu empfehlen, damit die von den Sachverständigen vorgeschlagenen Pläne möglichst rasch zur vollen Wirkung gelangen,
4. die deutsche Regierung aufzufordern, a) ihr möglichst rasch unter Zugrundelegung der Schlussfolgerungen der Sachverständigenberichte die Gesetze und Verordnungen zu unterbreiten, die bestimmt sind, die vollständige Ausführung der Sachverständigenberichte zu sichern, b) die Mitglieder zu bezeichnen, welche die deutsche Regierung in den Ausschüssen für die Organisation der Eisenbahnen und für die industriellen Hypotheken vertreten werden, und der Reparationskommission die Namen dieser Mitglieder mitteilen,
5. in einer der nächsten Sitzungen die verschiedenen Organisationsausschüsse, die in dem Bericht des Sachverständigenausschusses Dawes vorgesehen sind, zu ernennen,
6. die Maßnahmen vorzubereiten, deren Ausarbeitung nach dem Bericht der Reparationskommission überlassen bleiben soll.

Der offiziellen Beratung ist eine kurze Sitzung vorangegangen, in der die Reparationskommission zunächst für den Monat Mai die von Deutschland zu liefernden Kohlenmengen in der üblichen Höhe festlegte. An dem Meinungs-austausch, der nach der Sitzung stattfand, hat sich außer den Delegierten Frankreichs, Englands, Italiens, Belgiens auch der amerikanische Vertreter beteiligt.

Politische Rundschau

Die Bildung der Ausschüsse.

Paris, 18. April. Die Schnelligkeit, mit der die Reparationskommission ihre Beschlüsse gefaßt hat, findet bei allen Zeitungen Anerkennung, mit Ausnahme des Echo de Paris, das immer noch gewisse Bedenken vorbringt. Höchstwahrscheinlich werden die Sachverständigenberichte morgen von der Reparationskommission den verbündeten Regierungen offiziell zugesandt werden. Die Reparationskommission hat bereits Schritte zur Bildung der im Sachverständigenurteil vorgesehenen Organisationsausschüsse unternommen. Wie das Journal mitteilt, ist es ihr gelungen, verschiedene Persönlichkeiten, die an den Arbeiten des Sachverständigenkomitees in hervorragender Weise beteiligt waren, für diese Ausschüsse zu verpflichten. So werden Woodhead und Lesere in das Eisenbahnausschuss und Kindeles und Franqui und Garmentier und Virel in die Ausschüsse eintreten, die mit der Kontrolle der Goldnotenbank beauftragt sind.

Die Tätigkeit der Reparationskommission

Paris, 18. April. Die Reparationskommission wird, wie schon gemeldet, morgen an die verbündeten Regierungen die beiden Sachverständigenberichte offiziell nebst einem Be-

gleit Schreiben gelangen lassen, diese Begleit-Schreiben haben alle denselben Wortlaut. Gleichzeitig wird die Reparationskommission die alliierten Mächte um Mitteilung über die Maßnahmen bitten, mit denen diese an der Ausführung der Sachverständigenurteile mitzuwirken gedenken. Der Temps betont in seiner heutigen Abendausgabe erneut, die französische Regierung sei bereit, die Empfehlungen der Sachverständigen in vollem Umfange zu beherzigen.

Strafmaßnahmen im Falle einer deutschen Verfehlung.

Paris, 18. April. Journal behauptet, in englischen Kreisen wünsche man hinsichtlich der, im Falle einer deutschen Verfehlung zu ergreifenden wirtschaftlichen Strafmaßnahmen, Aufklärung, insbesondere hoffe man in diesen Kreisen die Blockade der deutschen Küsten im Falle deutscher Verfehlungen anwenden zu können. Das Journal gibt selbst zu, daß solche Maßnahmen nicht den Wünschen der Sachverständigen entsprechen würden.

Frankreichs Forderungen nach dem Sicherheitsvertrag.

Paris, 18. April. Der diplomatische Mitarbeiter des Neupost Herald glaubt zu wissen, daß Frankreich einer Abänderung der gegenwärtigen Ruhrbesetzung, soweit sie mit dem Problem der französischen Sicherungen zusammenhängt, nur gegen Abschluß eines Sicherungsvertrages mit Großbritannien zustimmen wird. Frankreich wünscht lebhaft, daß der Sachverständigenplan so schnell wie es die französischen und die deutschen Wahlen erlauben, in die Tat umgesetzt werde. Frankreich werde dann das Truppenangebot im Ruhrgebiet im Laufe des Sommers auf 4000 Mann herabsetzen.

Um die Anerkennung Rußlands.

London, 18. April. Echangeur Telegraph erfährt aus Amsterdam, daß im Laufe des Sommers im Haag eine Konferenz französischer, amerikanischer und russischer Delegierter stattfinden soll, vorausgesetzt, daß die gegenwärtig englisch-russische Konferenz einen befriedigenden Ausgang nimmt. Die in Aussicht genommenen Verhandlungen sollen sich auf die Anerkennung der Sowjetregierung beziehen.

Stalten.

Der Papst gegen die Hitzigen. Veranlaßt durch die Anträge katholischer Vereinigungen, die von kirchlichen Hitzigen Ausschreitungen, Einschüchtern von Gebäuden, Angriffen auf Geistliche, Beschimpfungen heiliger Einrichtungen sprechen, spendete der Papst eine halbe Million Lire für die Geschädigten. Dieser Schritt hat um so tieferen Eindruck gemacht, als er gerade in die Karwoche fällt und dadurch den Charakter eines kirchlichen Protestes erhält.

Kurze politische Mitteilungen

Deutsch-französischer Gefangenaustausch.

Berlin, 18. April. Im Anschluß an den Spionageprozeß gegen den französischen Hauptmann d'Armont haben Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich zum gegenseitigen Gefangenaustausch stattgefunden, die zu einer Einigung führten. Als Ergebnis wird zunächst die Freilassung der deutschen Reichsangehörigen Verdum, Berger, Schwabe, v. Wedelstaedt, Schulte-Bellum, Rinde erfolgen, deren Strafzeit meist noch (lange, in einem Falle bis 1927, läuft. Hauptmann d'Armont ist von deutscher Seite schon freigelassen und ist in der Richtung Frankfurt a. M. abgereist. Keine Übernahme des Justizministeriums vom Reichskanzler.

Berlin, 18. April. Die Meldung, daß der Reichskanzler Dr. Marx das durch den Rücktritt des Justizministers Emminger freigewordene Amt bis zu den Neuwahlen selbst führen werde, ist unrichtig. Die von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, bleibt es dabei, daß bis zur endgültigen Besetzung des Reichsjustizministeriums der Staatssekretär Joel die Geschäfte des Justizministers führt.

Keine Mieterkandidaten.

Berlin, 18. April. Wie der Bund Deutscher Mietervereine (St. Dresden) mitteilt, entspricht die von der Presse gebrachte Mitteilung, daß er bei den Reichstagswahlen eigene Mieterlisten aufstelle, nicht den Tatsachen.

Der neue Dampfer „Columbus“.

Bremerhaven, 18. April. Zahlreiche Vertreter der Presse aus allen Teilen Deutschlands, Österreichs, der Schweiz und Amerikas waren heute hier zu einer Besichtigung des neuen Doppelschrauben-Verjehrs- und Postdampfers „Columbus“ vom Norddeutschen Lloyd anwesend. Der Dampfer tritt die erste Reise am 22. April an.

Urteil in einem Spionageprozeß.

Breslau, 18. April. Wegen verurteilter Spionage zugunsten Frankreichs verurteilte der Senat des Breslauer Oberlandesgerichts den Kraftwagenführer Walter Gottwald aus Oppeln zu 2½ Jahren Gefängnis. Gottwald hatte in Wiesbaden und Köln mit französischen Offizieren deutsche militärische Beziehungen angeknüpft und ihnen versprochen, Dokumente über die Organisation der Schiffe und der Reichswehr auszuliefern.

Keine Oserannette in Bayern.

München, 18. April. In der Presse kursierende Gerüchte von Annesien aus Anlaß des Oserfestes. Davon ist keine Rede. Es sind nur die auch sonst für diese Tage üblichen Vergnügungen von Leuten erfolgt, die sich während der Straßbahn gut geföhrt oder durch ihre persönlichen Verhältnisse eine Verpfändigung verdient haben.

Die Lohnstreitigkeiten im sächsischen Textilgewerbe.

Leipzig, 18. April. In den Betrieben des Verbandes sächsisch-schlesischer Webereien wurde durch Anschlag bekanntgemacht, daß am 22. und 23. April die Betriebe in den ausgescherrten Bezirken wieder eröffnet werden, um Arbeitswilligen Gelegenheit zur Wiederaufnahme der Arbeit zu geben. Falls sich nicht genügend Arbeiter melden, erfolgt Aussperrung im ganzen Verbandesgebiet.

Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau.

Essen, 18. April. Wie die Blätter erfahren, werden am kommenden Mittwoch in Essen die Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau unter dem Vorsitz des Schlichters für Rheinland und Westfalen, Reichskommissar Reblisch, stattfinden.

Beilegung des Streiks auf den Hamburger Bootswerften.

Hamburg, 18. April. Die Verhandlungen zur Beilegung des Streiks auf den Fließschiffs- und Bootswerften haben zu dem Ergebnis geführt, daß die getroffenen Vereinbarungen über Lohn und Arbeitszeit die Zustimmung der ausständigen Arbeiter gefunden haben. Der Spigenlohn beträgt 63 Pfennig für die Stunde. Für die Anbahnung der neunten Arbeitsstunde wurde ein Zuschlag von 15 % vereinbart. Die Arbeit wird nach Ostern wieder aufgenommen.

Die Volksabstimmung für die Republik.

Athen, 18. April. Bei der Volksabstimmung sind insgesamt 738 742 Stimmen für die Republik und 325 322 Stimmen gegen die Republik abgegeben worden.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff-Dresden, am 19. April 1924.

Merkblatt für den 20., 21. und 22. April.

Sonnenaufgang 4⁴⁴ (4⁴³) | Mondaufgang 8³³ (8⁴¹ 10¹¹)
Sonnenuntergang 7³⁷ (7³⁷) | Mondunterg. 6⁴⁴ (6⁴¹)

20. April. 1808 Napoleon III. geb. — 1832 Mediziner Ernst v. Lenden geb. — 1863 Balladentonist Karl Löwe gest. — 1917 Bildhauer Johannes Boese gest. — 1918 Einmarsch der Deutschen in die Krin.

21. April. 1782 Pädagog Friedrich Fröbel geb. — 1829 französischer Philosph und Geschichtsschreiber Hippolyte Taine geb. — 1898 Beginn des spanisch-amerikanischen Krieges. — 1910 Amerikanischer Humorist Mark Twain gest. — 1921 Die Arbeitslosigkeit tritt in Wilsdruff.

22. April. 1724 Philosoph Immanuel Kant geb. — 1819 Dichter Friedrich v. Bodenstedt geb. — 1918 Simferopol wird von den Deutschen besetzt.

Deutsches Geld.

An einem Tage hörte ich zwei Behauptungen: Die Bewohner des Kurfürstendamms in Berlin könnten die Kriegsschadigung auf einmal (auf ein Brett) bezahlen. Dann: Eine Firma könne diese Sache allein regeln. Diese Behauptungen gehen von Mund zu Mund, und man braucht sich nicht zu wundern, wenn man sie in der Eisenbahn, in der Elektrizität, im Privathaus und im Gasthaus in mannigfachen Formen hört. Aber ein Gerücht wird dadurch nicht wahr, daß man es oft wiederholt und nachdrücklich behauptet. Ich verhehe wohl, daß man eine Last gerne denen aufbürden möchte, die sie tragen können, und daß manche gerne glauben, in dieser Hinsicht seien alle andern stärker als sie selber. Die Deutschland im Friedensvertrag aufgebürdeten Lasten sind aber so groß, daß sie nie von den Bewohnern einer Straße und wohnen auch die reichsten Leute der Welt in ihr), geschweige denn von einer einzelnen Firma getragen werden können. Gold gibt es in Deutschland im gesamten nur in geringen Mengen, und auch der Wert für den Schmutz wird sehr überschätzt. Vor dem Kriege (Ende Juli 1914) waren im gesamten 5 130 000 000 Mark Gold ausgeprägt worden, dazu 1303 Millionen in Silber, Nickel und Kupfer, also zusammen 6433 Millionen Mark in Hartgeld. Von dem Gold waren 1528 Millionen in den Gewölben der Reichsbank, etwa 3½ Milliarden im freien Verkehr. Durch den Krieg ist dieser Goldbestand aber stark vermindert worden. Deutschland hat allenthalben mit Gold in den neutralen Ländern gezahlt und nach dem Krieg auch in Entente-Länder. So ist die Summe des Goldes, das in Lande ist, sehr gering. Selbst, wenn Deutschland alles Gold hingäbe, könnte damit kaum ein e der verlangten Jahresrate damit bezahlt werden. Ein gewisser Bestandteil an Gold aber ist nötig, um das Geldwesen im Lande und außerhalb zu festigen. Damit ist auch das Gerüchte abgeklaut, als ob eine einzige Firma so ungeheure Summen zahlen könne.

Schützt die Natur! Die Pflanzenwelt unserer Heimat hat sich stark vermindert. Viele schöne Stüde sind vollständig ausgerottet worden, teilweise durch die fortschreitende Kultur, andererseits aber durch die Menschen, die sie in großen Massen pflücken und auf diese Weise vernichten. Durch landesbehördliche Verordnung vom 23. Mai 1923 sind nachstehende Pflanzen geschützt worden: Türkenbund, Märzenglocke, Wiesenschwertlilie, alle Anemonenarten, Pfingstrose, weiße Teichrose, Trollblume, Kuckuck, Leberblümchen, Silberblatt, Sumpfporell, Schneehelle, wucherndes Primel, alle Enzianarten, Kellerschale, Nagelkäse, Alpenveilchen und Bergmohrweide. Das Ausgraben, Ausstreifen, Abpflücken oder Abschneiden dieser Pflanzen ist verboten; das Hinzubringen, der Verkauf und die sonstige Veräußerung ebenfalls, ebenso der Ankauf der geschützten Pflanzen, soweit es sich nicht nachweisbar um Erzeugnisse des Land- und Gartenbaus handelt. Übertretungen der Verordnung werden mit Geldstrafe und mit der Abnahme der geräumten Pflanzen geahndet. Viele Naturfreunde, Lehrer, Freunde der sächsischen Heimat, haben sich dieses Jahr erhoben, bei Polizei bei der Durchführung der Verordnung behilflich zu sein. Es ergeht daher an alle, die die Natur lieben, die Bitte, bei den Wanderungen durchs schöne Heimatland daran zu denken, daß die Blumen der Heimat nicht dazu da sind, abgerupft zu werden, um schon in wenigen Tagen in den Bohnungen zu verwelken. Die Blumen der Heimat sind die in den Gärtnereien gezeigten Pflanzen. Die Blumen in freier Natur wachsen, um alle Menschen zu erfreuen.

Lasset die Blumen stehen
Dah sie in Samen geben
Und Euch in nächsten Maien
Genau so wie heut erfreuen!

Die Veranstaltungen an den Osterfeiertagen sind diesmal besonders abwechslungsreich. Am 1. Feiertag geht im „Alder“ von Seiten des Dramatischen Vereins der Jüngste Schwan. „Die Goldgrube“ über die Breiter, während im „Löwen“ Jungheide mit den Seinen die Lachmuskel der Besucher in Bewegung setzen. In einem „Deutschen Tor“ ladet der Jungdeutsche Orden seine Rappen nach Gashof Grumbach zur Stiftungsfeier ladet der Jugendverein „Vorwärts“ nach dem „Linden-schlöcher“ ein. Am 3. Feiertag findet im „Alder“ das erste Konzert der verstärkten Stadtkapelle unter Leitung des Herrn Stadtmusikdirektor Philipp Tharandt statt. In allen drei Feiertagen endlich ist überall in unserer Stadt und ihrer Umgebung Gelegenheit zum Schwingen des Tanzbundes abboten. Der Informaten der vorliegenden Nummer orientiert über sämtliche Ball-Sofale.

Osterferienzüge auf der Strecke Freital-Wilsdruff-Neuborn-Sonntag, den 20. und Montag, den 21. April verkehren folgende Sonderzüge: Zug 4935 von Neuborn nach Freital-Pot. Abfahrt in Wilsdruff 8.32 abends, und Zug 4938 von Freital-Pot. nach Neuborn mit Anschlag von Dresden, Abfahrt Dresden Hauptbahnhof 9.20 abends und Abfahrt Wilsdruff 10.30 Uhr abends.

Der Presseauschuss für das Heimatfest, das in den Tagen vom 28.—30. Juni stattfindet, bittet Anchriften aller ehemaligen Wilsdruffer sowie auch in den Gemeinden der Umgebung Beizorenen zwecks besonderer Benachrichtigung baldigst an Herrn Oberlehrer Kühne gelangen zu lassen.

Motorfahrer-Vereinigung Wilsdruff. Am 17. 4. 24. fand im Amtshof bei ziemlich starker Beteiligung die Gründung einer Motorfahrer-Vereinigung Wilsdruff und Umgebung statt. Der Antrag, zur Abklärung des Namens Motorfahrer-Vereinigung Wilsdruff, M. F. V. zu führen, gelangte zur Annahme. Gewählt wurden einstimmig als 1. Vorsitzender Herr W. Riemann, Wilsdruff, 2. Vorsitzender Herr E. Stange, Wilsdruff, 1. Schriftführer Herr E. Hoff, Adersdorf, 2. Schriftführer Herr